

Recht.

... auch die be- wertungsgläubiger... 12 1/2 Prozent... Verwirrung zu... Revolutionsplakat... 1918 erinnert,

Hause liegen. her und ver- t Fins und vermehren. Gewähr für Rückzahlung!

nun für diese gewordenen von 12 1/2 Prozent... Sozialistische Severing hat... tungsmöglich- verordnete als... der Mindest- be. Ein anderer... Finanzminister... der Forderung... lung von Hypo-

Staatsfinanzen... Wirtschaft ist die... möglichkeit. Wirtschaft nicht... in derjenigen... läubiger sind... u einer vollstän- digen Bedan-

... biger auf den... und der Fürsten- mit den zweiten... Er wird zum... verliert jede Be- erlangen, das er... Stimmlisten jeder... at jeder Aufwer- daß eines Tages... den mit der Be- die Enteignung

...mpfende...eshalb...fern.

...n den...smüßiger...n den...Hirsau...herin...gasse 330;...tunden A 1.-...zugestichert...Obige für...ochzeiten 2c...breiten.



Ercheinungswelset: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage
Anzeigenpreis: a) im Anzeigenteil: die Seite 15 Goldpfennige b) im Reklameteil: die Seite 50 Goldpfennige
Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag
Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden
Gerichtsstand für beide Teile ist Calw.



Bezugspreis: In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld
Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags
In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises
Fernsprecher Nr. 9
Verantwortl. Schriftleitung: Friedrich Hans Schöeie
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Nr. - 138

Donnerstag, den 17. Juni 1926.

101. Jahrgang

Im Zeichen des Volksentscheids.

Dr. Stresemann über die Fürstenabfindung.

U. Hagen, 17. Juni. In einer Hauptvorstandsitzung des Wahlkreises Westfalen-Süd der Deutschen Volkspartei sprach gestern abend Reichsaussenminister Dr. Stresemann über die politische Lage. In seinen Ausführungen ging Dr. Stresemann unter anderem auf die Frage der Fürstenentschädigung näher ein und wies die in einer Zentrumsversammlung in Höchst a. M. aufgestellte Behauptung zurück, wonach die Deutsche Volkspartei in den letzten Besprechungen mit dem Reichstanzler habe erkennen lassen, daß sie für ein nicht verfassungsmäßiges Kompromißgeschäft zu haben sei und daß somit jede Aussicht auf eine zufriedenstellende Lösung durch einen Reichstagsbeschluss mit einfacher Mehrheit geschwunden sei. Demgegenüber stellte Dr. Stresemann zugleich in ausdrücklichem Einverständnis mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz mit Nachdruck fest, daß die Deutsche Volkspartei für eine Regelung eingetreten sei, durch die eine befriedigende Lösung durch Reichstagsbeschluss mit einfacher Mehrheit gewährleistet würde. Es sei selbstverständlich, daß auch nach dem zu erwartenden negativen Ausfall der Abstimmung am 20. Juni die Reichsregierung mit allem Nachdruck für die Annahme ihres Vergleichsvorschlages eintreten werde und daß die D. Vp., wie Dr. Stresemann als Parteivorstand feststellte, sich mit größter Energie für diese Vergleichslösung einsetzen werde, die, wie die Zustimmung der preussischen Staatsregierung zu diesem Vorschlag im Reichsrat vor aller Öffentlichkeit beweise, die Staatsinteressen genügend wahre. Dr. Stresemann begab sich am Mittwoch abend wieder nach Berlin zurück.

Ein demokratischer Aufruf gegen den Volksentscheid.

U. Hamburg, 17. Juni. Das Hamburger Fremdenblatt veröffentlicht in seiner gestrigen Abendausgabe nachstehende Erklärung:
Am 20. Juni soll eine allgemeine Volksabstimmung stattfinden über den Antrag, das gesamte Vermögen der ehemaligen Fürsten ohne Entschädigung zu enteignen. Für die Frage der Fürstenenteignung ist die einzige richtige Lösung die Einsetzung eines Sondergerichtes, wie sie im Reichstag beantragt ist und verhandelt wird. Sollte dagegen der sozialdemokratisch-kommunistische Antrag angenommen werden, so wäre das eine trasse Vergewaltigung der Begriffe des Rechts und des Eigentums. Der Vorstand der deutschdemokratischen Partei hat leider aus tatsächlichen Gründen keine feste Parole für die Abstimmung ausgeben, sondern dem einzelnen überlassen, wie er sich verhalten will.

Die Unterzeichneten, die der Demokratischen Partei entweder angehören oder ihr nahe stehen, halten das für unheilvoll und fordern deshalb ihre Gefinnungsgenossen öffentlich auf, den Antrag der Sozialdemokraten und Kommunisten abzulehnen und zwar in der entschiedensten Form durch Nichtbeteiligung an der Abstimmung. Die Erklärung ist unterzeichnet von Hans Delbrück, Georg Gothein, Johannes Jund, Friedrich Meinecke, Graf Max Montgelas, Paul Rohrbach, Hermann Schäpman.

Blutiger Zusammenstoß.

Zusammenstoß des Stahlhelm und Rotfront in Hamborn.
U. Hamborn, 17. Juni. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch ereignete sich hier ein blutiger Zusammenstoß zwischen Bürgerlichen und Kommunisten. Als auf der Schillerstraße etwa 8-10 Stahlhelmlente mit dem Ankleben von Plakaten gegen den Volksentscheid beschäftigt waren, wurden sie von einer großen Anzahl Kommunisten und Rotfrontleuten bedrängt. Es kam zu einem förmlichen Gefecht, wobei 20 bis 25 Schüsse fielen und heftige Schlägereien stattfanden. Bei dem Zusammenstoß wurden zwei Personen durch Schüsse schwer verletzt, sodas sie ins Krankenhaus überführt werden mußten. Mehrere andere Personen wurden leicht verletzt. Schließlich wurde die Straße von einer Abteilung Schutzpolizei geräumt, wobei fünf Verhaftungen vorgenommen wurden. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Schüsse von beiden Seiten gefallen sind. Zahlreiche Revolver und Schlagwerkzeuge wurden beschlagnahmt.

Folgen der Wahlbeeinflussung.

U. Berlin, 17. Juni. Einer längeren Ausführung des amtlichen preussischen Pressebüros entnehmen wir:
Zahlreiche Einzelfälle lassen erkennen, daß mit Mitteln wirtschaftlichen Boykotts, insbesondere der Androhung der Lösung von bestehenden Vertragsverhältnissen oder geschäftlicher Schädigung selbständiger Existenzen versucht wird, diejenigen Staatsbürger, die gewillt sind, sich an der Abstimmung über den Volksentscheid zu beteiligen, einzuschüchtern und von der Stimmabgabe abzuhalten. Demgegenüber wird darauf aufmerksam gemacht, daß ein solches Unterfangen nicht nur dem Geiste der Verfassung widerspricht, sondern unter Umständen auch auf zivilrechtlichen Gebiet ernste Folgen für denartige sittenwidrig handelnde Personen nach sich ziehen kann. Der Artikel 118 der Reichsverfassung gewährleistet jedem Deutschen das Recht freier Meinungsäußerung und bestimmt ausdrücklich, daß ihn an diesem Rechte kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern und niemand ihn benachteiligen darf, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht. Ein sehr wesentlicher Fall der Ausübung des Rechtes der freien Meinungsäußerung ist die Ausübung des Wahl- oder Abstimmungsrechtes.

Briand bei der Kabinettsbildung.

Vor einem 10. Kabinett Briand.

U. Paris, 17. Juni. Der Präsident der Republik hat gestern morgen die Besprechungen zur Lösung der Kabinettskrise aufgenommen. Um halb 9 Uhr wurde der Senatspräsident empfangen, kurz darauf Herriot, der Präsident der Kammer. Im Laufe des Vormittags empfing Doumergue weiterhin die Präsidenten der beiden Finanzkommissionen, sowie die Führer der politischen Gruppen, darunter Cheron, Leon Blum, Dariac und Bolanowski. In politischen Kreisen wird bestimmt damit gerechnet, daß ein zehntes Kabinett Briand zustandekommt. Man bestätigt, daß vor allem die Mitarbeit von Herriot und Poincaré erwünscht sei. Der Ministerpräsident hat bereits Schritte bei den beiden Politikern unternommen.

Der Präsident der Republik nahm um 2 Uhr die Beratungen zur Lösung der Kabinettskrise wieder auf. Sie wurden gestern abend um 7 Uhr abgeschlossen. Um 7.15 Uhr wurde ein Communiqué veröffentlicht, das die Namen der von Doumergue empfangenen Persönlichkeiten aufzählt. Die Mehrzahl dieser Persönlichkeiten haben dem Präsidenten empfohlen, Briand mit der Bildung des Kabinetts zu beauftragen. Am Vormittag hatte Briand erklärt, daß er eine überfällige Lösung der Kabinettskrise für das verkehrteste halte. Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge müsse man sich Zeit lassen und man müsse das neue Kabinett, dem schwerste Aufgaben bevorstehen, auf einer soliden Grundlage bilden. Briand wurde dann vom Präsidenten der Republik empfangen.

Briand übernimmt die Kabinettsbildung.

Briand hat gestern abend den Auftrag zur Bildung des neuen Kabinetts angenommen. Er hat bereits seine Bemühungen zur Bildung eines Kabinetts aufgenommen. Als er das Elisee verließ, erklärte er Pressevertretern, daß er versuchen werde, ein Kabinett auf genügend breiter Grundlage zu bilden. Er hoffe, daß ihm eine Einigung der Parteien gelingen werde. Das neue Kabinett habe große Aufgaben zu erfüllen und daher habe er sich an hervorragende Persönlichkeiten gewandt. Er werde bereits heute vormittag dem Präsidenten der Republik über seine Verhandlungen Bericht erstatten.

Briand über die Gründe der Gesamtdemission des Kabinetts.

Briand hat gestern nach seiner Rückkehr aus dem Elisee Pressevertretern die Gründe für seinen Rücktritt auseinandergesetzt. Nach der Kammeritzung, so führte er aus, sei ihm auf Grund der Besprechungen in den Wandelgängen klar geworden, daß eine einfache Umbildung des Kabinetts unmöglich sei. Es wäre ihm nicht leicht geworden, einen neuen Finanzminister zu finden, nachdem er bereits drei Minister verbraucht habe, und nachdem sich die finanziellen Schwierigkeiten noch vergrößert hätten. Aber auch wenn er einen gefunden hätte, so wäre damit die Krise noch nicht gelöst worden, denn er hätte nach wie vor der Kammer einen Gieranz aufzuführen müssen. Andererseits müsse man auf die Strömung in der öffentlichen Meinung sowohl im Publikum wie in parlamentarischen Kreisen Rücksicht nehmen, die ein Ministerium der nationalen Einigung fordere. Er sei zwar der Ansicht, daß es unmöglich sei, ein wirkliches Ministerium der nationalen Einigung zu bilden. Man könne nicht Leute von allen Winkeln des parlamentarischen Schachbrettes um ein Sanierungsprogramm angehen, über das sie die verschiedensten Ansichten vertreten. Aber wenn es schon nicht möglich sei, ein Ministerium der nationalen Einigung zu schaffen, so müsse man doch den Versuch zu einer Annäherung zu einem Waffenstillstand zwischen gewissen Parteien machen. Das seien die Gründe gewesen, derentwegen das Kabinett einstimmig der Ansicht gewesen sei, man müsse dem Präsidenten der Republik volle Handlungsfreiheit überlassen.

Zum Schluß fragte man Briand, wie er sich die Lösung der Kabinettskrise eigentlich denke. Er bekannte sich zu der Auffassung, man müsse außerhalb der politischen Gruppen eine Reihe bedeutender Persönlichkeiten vereinigen, die im Geiste der Einigkeit an dem Werk der Frankensitzung arbeiteten. Dadurch könne neues Vertrauen im In- und Ausland geschaffen werden. Allerdings sei das nicht leicht vor einer so zusammengesetzten Kammer

Tages-Spiegel.

Die Reichsregierung beschäftigte sich mit dem vorläufigen Handelsabkommen mit Frankreich. Ebenso fanden ergebnislos Besprechungen mit den Parteien über die Zollvorlage statt.
In Trier hat die französische Besatzungsbehörde neuerdings eine große Anzahl Wohnungen beschlagnahmt.
Der Volksentscheid über die Auflösung des heffischen Landtags erbrachte einen Sieg der Rechtsparteien.
Briand hat den Auftrag zur Bildung des französischen Kabinetts angenommen.
Man rechnet mit dem Versuch Briands, eine Regierung auf breiter Basis, das Kabinett der sogenannten nationalen Einigung zu bilden.
England hat Belgien neue Kredite zur Stabilisierung des belgischen Franken gewährt.
Die polnischen Sozialdemokraten fordern die sofortige Auflösung von Sejm und Senat.
Einer amerikanischen Meldung zufolge steht der Austritt Chinas und Persiens aus dem Völkerverbund unmittelbar bevor.

Berschärfung der engl. Kohlenkrise.

U. London, 17. Juni. Mit der Bekanntgabe der neuen Vorschläge der Regierung haben die Feindseligkeiten auf der ganzen Linie wieder begonnen. Die führenden Persönlichkeiten im Lager der Arbeiterpartei meinen, daß es in den nächsten Tagen und Wochen zu ganz erbitterten Kämpfen kommen werde. Die Bergarbeiter würden sich nicht ergeben. Auch in der liberalen Partei macht sich Opposition gegen die Regierungsvorschläge geltend. Lloyd George vertrat die Auffassung, daß die Regierung in sehr brutaler und ungeschickter Weise den Konflikt behandle.

Die neuen Vorschläge der englischen Regierung.

Die neuen Vorschläge der englischen Regierung schließen folgende Punkte ein:
1. Unter dem Achtstundentag sollen von ungefähr 50 Prozent aller Gruben die gegenwärtigen Lohnsätze während der Monate Juli, August und September garantiert werden. 2. Nach Ablauf dieser Zeit sollen neue Lohnsätze nach Maßgabe der erzielten Gewinne festgesetzt werden. 3. Bei 25 Prozent aller Bergwerke wird eine Reduzierung der Minimallohnsätze um ungefähr 10 Prozent stattfinden.

England und die russischen Streikgelber.

Kein weiterer Schritt der englischen Regierung.
U. London, 17. Juni. Das Kabinett beschäftigte sich gestern eingehend mit der russischen Antwortnote wegen der Streikgelberzahlung an die Bergarbeiter. Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, wird die Regierung keine weiteren Schritte in dieser Angelegenheit unternehmen.

Weiterzahlung der russischen Streikgelber.

Auf den englisch-russischen Notenwechsel hin hat der Zentralrat der russischen Gewerkschaften beschlossen, die Unterzahlungsgelder nach England solange zu senden, bis diese offiziell von der englischen Regierung beschlagnahmt würden. Diesem Beschluß hat sich die dritte Internationale angeschlossen. Die englische Mission in Moskau hat Einspruch gegen diesen Beschluß erhoben.

Erfolg des heffischen Volksbegehrens

Auflösung des heffischen Landtags.

U. Darmstadt, 17. Juni. Die Unterzeichnungslisten des Volksbegehrens für die Auflösung des heffischen Landtags werden, wie das Darmstädter Tageblatt meldet, heute vormittag dem Landtagspräsidium überreicht werden. Der Erfolg des Wirtschaftsausschusses hat alle Erwartungen übertroffen. Statt der gesetzlich vorgeschriebenen 42 000 Unterschriften haben sich rund 164 000 Landtagswähler in die Unterzeichnungslisten eingetragen.

Ein Antrag auf Abänderung der heffischen Verfassung.

Im heffischen Landtag wurde ein Antrag von der Deutschen Volkspartei, dem Bauernbund und den Deutschnationalen eingebracht, in dem gefordert wird, daß sich der Landtag auftrag durch Volksabstimmung gemäß den seitherigen Bestimmungen der Verfassung auch aus eigenem Recht auflösen kann. Begründet wurde der Antrag damit, man wolle in Zukunft die Kosten der Volksabstimmungen sparen.

Kleine politische Nachrichten.

Zusammenstöße in Berlin. Nach der Kundgebung der Sozialdemokraten im Lustgarten kam es vor dem Schloß zu Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen eine Reihe von Personen verletzt wurden. Auf dem Polizeipräsidium wurden wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt 13 Personen eingekerkert. Der Kampf gegen den elsässisch-lothringischen Heimatbund. Im Zusammenhang mit den Zwangsmaßnahmen gegen den elsässisch-lothringischen Heimatbund hat Justizminister Babel den Gouverneur für Elsaß-Lothringen, Baucher, die Bischöfe von Straßburg und Metz und den Präsidenten des Evangelischen Konsortiums nach Paris berufen. Am Dienstag vormittag wird eine Besprechung stattfinden, in der Maßnahmen gegen die Priester und die Personen festgelegt werden sollen, die das Manifest des Heimatbundes unterzeichnet haben. Außerdem soll in Zukunft den Geistlichen eine Einmischung in politische und nationale Fragen verboten werden.

Die Schweiz und das Washingtoner Abkommen. Im Nationalrat erklärte der Leiter des volkswirtschaftlichen Departements auf einen Antrag, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens vorzunehmen, daß die Voraussetzungen für die Ratifikation des Washingtoner Arbeitszeitabkommens in der Schweiz nicht gegeben seien. Ein solches Gesetz sei in der Schweiz absolut undurchführbar und würde auch gewiß nicht angenommen. Der sozialistische Antrag auf Ratifikation des Washingtoner Abkommens wurde daraufhin von der Versammlung verworfen.

Zum faschistischen Zwischenfall in Genf. Die Oberleitung der italienischen faschistischen Partei hat die faschistische Sektion in Genf zu dem Angriff beglückwünscht, dem die Genfer Faschisten am vergangenen Freitag auf einer sozialistischen Versammlung ausgesetzt waren. In Mailand wurde vorfristighalb vor dem Schweizer Konsulat der Polizeiposten verstärkt und ein Kriminalbeamter hinzugezogen, da man evtl. Repressalien wegen des Vorfalles in Genf befürchtete.

Zum Hochschulkonflikt in Hannover.

Der preussische Kultusminister Dr. Beder hat in Form eines Interviews seine Stellungnahme zum Fall Lessing veröffentlicht. Der Minister bedauert, daß die Studentenschaft sich zu einer Auflehnung gegen die Hochschulbehörde und damit gegen die Staatsautorität habe verleiten lassen. Wenn ein Privatdozent oder Professor sich Verfehlungen habe zuschulden kommen lassen, so gebe es dafür ein ganz bestimmtes Rechtsverfahren. An Hand dieses Verfahrens sei die Haltung Prof. Lessings im vorigen Jahre in einem bestimmten Falle geprüft und mißbilligt worden. Kein Staatsbürger habe aber das Recht, dieses Verfahren durch die Anwendung von Gewalt umzusetzen. Es sei befremdlich, daß das Vorgehen der Studenten eine mehr oder weniger versteckte moralische Unterstützung aus Kreisen erfahren habe, die für die Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität für Ordnung und Disziplin jederzeit eintreten. Das Vorgehen der Studenten sei nackter Terror. Das könne in einem Rechtsstaat nicht gebuddelt werden. Die Unterjochung und das Urteil gegen die Hannoverischen Studenten seien in den gesetzlich vorgeschriebenen Formen erfolgt und werden in gleicher Weise fortgeführt werden.

Studentenstreik im ganzen Reich? Die Erregung an den deutschen Universitäten und Hochschulen über den Fall Lessing hat sich erheblich verschärft. Es muß damit gerechnet werden, daß an allen deutschen Universitäten und Hochschulen zur Bekundung der Sympathie für den Kampf der Hannoverischen Studentenschaft eintägige oder mehrstündige Streiks eintreten.

Der Kampf des elsässischen Heimatbundes.

Ein neuer Aufruf. In Berlin, 16. Juni. Wie die Morgenblätter aus Straßburg melden, veröffentlicht das Komitee des elsässisch-lothringischen Heimatbundes am Dienstag in der katholischen Presse des Oberelsaß einen neuen Aufruf, in dem der Heimatbund erklärt, daß er von seiner Kundgebung nichts zurückzunehmen habe und daß er alle diejenigen in Schutz nehme, die von der Regierung gemahregelt worden seien. Der Aufruf schließt: Elsaßer und Lothringer! Jeder neue Gewaltakt der Regierung beweist mehr denn je, von welchen Gefahren die elementarsten Rechte in Elsaß-Lothringen bedroht sind. Schließt Euch also mehr als bisher zusammen zum Kampfe für die natürlichen Rechte des Landes.

Gewaltmaßnahmen gegen die Unterzeichnung. Das Generalsekretariat der elsässisch-lothringischen Eisenbahner gibt bekannt, daß die Eisenbahnbeamten, die den Aufruf des Heimatbundes unterzeichnet haben, ihrer Funktion enthoben und vor einen Untersuchungsausschuß gestellt werden, der über ihre Absetzung zu entscheiden hat. Der Arzt Dr. Bruar, der ebenfalls den Aufruf unterzeichnet hatte, wurden von drei Soldaten angefallen. Er flüchtete zu einem Freund, dem früheren Bürgermeister Beffrey. Die drei Soldaten drangen in die Wohnung ein und mißhandelten auch die Mitglieder der Familie.

Aus aller Welt.

Unwetter und Hochwasser in Schlesien. Das Oberhochwasser ist infolge der unaufhörlichen Regenfälle in weiterem starkem Steigen begriffen. Auch die Nebenflüsse der Oder führen große Wassermengen. Schwere Unwetterstürme werden aus Ober- und Niederschlesien gemeldet. Die Getreidefelder haben fast überall große Schäden erlitten. Die Feuernte ist vielfach völlig vernichtet. Im Gebirge erreichten die Stürme orkanartigen Charakter.

Selbstmord-Epidemie in Wien. Der Wiener Polizeibericht meldet, daß in der Nacht zum Sonntag in Wien abermals elf Personen verhaftet haben, sich das Leben zu nehmen. Die meisten Selbstmordkandidaten konnten rechtzeitig gerettet werden.

Sieben Opfer eines Raubüberfalls. Wie „Daily Mail“ aus Athen berichtet, wurde ein Kraftwagen mit 15 Millionen Drachmen, die der Nationalbank von Griechenland gehörten, von Straßenräubern auf dem Wege von

Preveca nach Salina angegriffen. Der Führer des Kraftwagens, 3 Schutze und 3 Bankangestellte, die das Automobil begleiteten, wurden erschossen. Die Täter sind entkommen.

Schwere Gasexplosion in Amerika. Wie aus Gary (Indiana) gemeldet wird, ist aus noch unbekannter Ursache ein Hochofen der Illinois Steel Company explodiert, 4 Tote und über 70 Schwerverletzte wurden unter den Trümmern mehrerer Werkhäuser begraben. Man befürchtet, daß eine große Anzahl Schwerverletzter nicht wird am Leben erhalten werden können und daß auch noch unter den Trümmern Tote liegen.

Württ. Landtag.

Bei der Fortsetzung der Einzelberatung des Stats des Ministeriums des Innern sprach zunächst als Redner der deutsch-demokratischen Partei der Abg. Dr. Ehasz, der die Gemeindebeiträge zur Staatspolizei als außerordentlich hoch und nicht mit dem Polizeiverwaltungsgesetz übereinstimmend bezeichnete. Die Gemeinden bezahlen für diese Zwecke gegenwärtig mindestens 1,1 Millionen Mark zu viel an den Staat. Kein Wunder, daß immer lauter der Wunsch geltend gemacht werde, die Verstaatlichung der Polizei wieder rückgängig zu machen. Zur Vereinfachung der Staatsverwaltung machte Dr. Ehasz verschiedene Einzelvorschläge und kritisierte dann noch die nach seiner Ansicht etwas allzu vorsichtige Haltung der Regierung in der Frage der Elektrizitätswirtschaft, wodurch in Württemberg eine Reihe günstiger Gelegenheiten verpaßt worden sei. Der Abg. Ulrich (S.) begründete dann die große Anfrage seiner Fraktion betr. die Vorgänge bei der Hilterdemonstration in Heilbronn am 15. Mai. Er wurde dabei von den Völkischen mehrfach durch Zwischenrufe unterbrochen, die darauf hinwiesen, daß die Vorgänge in Heilbronn im wesentlichen auf jüdische Machenschaften zurückzuführen seien. Nachdem sodann der Abg. Schneck (Komm.) noch Beschwerde geführt hatte über das rigorose Vorgehen der Polizei bei Hausdurchsuchungen, nahm Minister Volz zu einer nahezu zweistündigen Rede das Wort. Er stellte zunächst mit einer gewissen Genugtuung fest, daß es in Württemberg trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Lage nicht zu Anrufen gekommen sei. Trotzdem wäre es aber falsch, sorglos und vertrauensselig zu sein, denn auch bei uns seien Kräfte am Werk, die Unruhen oder gar den Umsturz herbeiführen wollen. Was die Heilbronn-Hilterdemonstrationen anbelange, so habe die Regierung geglaubt, diese Hilterverarmungen nicht verbieten zu sollen, weil seit den bekannten Vorgängen in München Hilter erheblich an Gefährlichkeit verloren und an Lächerlichkeit gewonnen habe. Die Heilbronn-Hiltergerichten Kreise seien insofern zu tadeln, als sie gegen eine gewisse Unzulässigkeit gegenüber den durch die Stadt marschierenden Hilterleuten zu den Zusammenstößen beigetragen haben. Den Potentatinsimil besagten Minister Volz als einen revolutionären Tendenzen und Hektik, weshalb er in Württemberg verboten worden sei, wie denn Württemberg überhaupt nicht alles nachmachen brauche, was in Berlin geschehe. Die Frage des Berechnungsjahres für die Polizeikosten unterliege gegenwärtig dem Verwaltungsgerichtshof; er hoffe aber, bis zum Herbst eine Vorlage machen zu können, durch welche die Angelegenheit zur Befriedigung der Gemeinden gelöst werde. Die Frage einer Bezirksneueinteilung habe durch die lebhaften Erörterungen in der Öffentlichkeit eine Klärung erfahren dahin, daß die Abneigung gegen die Zusammenlegung von Oberamtsbezirken immer stärker und nachdrücklicher in Erscheinung getreten sei. Die Regierung werde daher eine solche Vorlage nicht einbringen, zumal die Fraktionen, die hinter der Regierung stehen, in dieser Frage nicht einig seien; aber auch die Opposition sei hier nicht geschlossen, sobald man aus theoretischen Erwägungen herauskomme und praktische Arbeit leisten müsse. Ueber die geforderte weitere Anleihe zur Förderung des Wohnungsbaus werde sich die Regierung erst schlüssig machen können, wenn sie wisse, in welcher Gestalt das Gebäudeentwässerungsgesetz aus dem Landtag hervorgehen werde. Uebrigens habe die Wohnungskreditanstalt im laufenden Jahre schon erheblich mehr Mittel (7,8 Mill. Mk.) für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt, als in der ersten Hälfte des Vorjahres. Eine Erhöhung der Wohnungsmieten könne vor dem 1. April 1927 nicht in Frage kommen. Der Minister teilte dann noch mit, daß er in den nächsten Tagen eine Vorlage über die Beteiligung Württembergs an den Vorkarlberger Illwerken an den Landtag bringen werde.

Aus Stadt und Land.

Hauptversammlung des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs in Calw.

Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner fand am Montag abend im „Röfle“ die jährliche Hauptversammlung des vor einigen Jahren wieder neu erstandenen Vereins statt. Daß der Verein einem dringenden Bedürfnis dient, geht daraus hervor, daß sich gegenwärtig nicht bloß Luftkurorte, sondern auch andere Städte und Dörfer bemühen, möglichst viel Fremde anzuziehen und dadurch das Verkehrsleben zu fördern. Diesem Drang kommt die große Reiselust entgegen, die in allen Schichten des Volkes Eingang gefunden hat. Es ist deshalb notwendig, daß auch die Stadt Calw, die von der Natur in so reichem Maße bevorzugt ist, den Drang der Bevölkerung zu Ausflügen sich nutzbar macht und einen Teil der Kurgäste und Touristen zu einem längeren oder kürzeren Aufenthalt zu gewinnen sucht. Der Verein für Hebung des Fremdenverkehrs hat sich in den letzten Jahren große Mühe gegeben, durch Reklame in verschiedenen Tageszeitungen und durch persönliche Rundschreiben an Vereine auf die Schönheiten der Stadt und ihrer Umgebung aufmerksam zu machen und einen Teil des Fremdenstroms nach Calw zu leiten. Der Hauptnachdruck wurde auf die Gewinnung von Touristen gelegt, ohne indes das Heranziehen von ständigen Kurgästen zu vernachlässigen. Nach einer freundlichen Begrüßung durch den Vorsitzenden und einem Hinweis auf die schon gelösten und noch zu lösenden Aufgaben des Vereins erstattete Hotelier Ziegler den Geschäftsbericht über das letzte Vereinsjahr. Aus dem Bericht entnehmen wir folgende Tatsachen: Das Jahr 1925 war ein Jahr der allgemeinen wirtschaftlichen Bedrängnis. Die Rückwirkung der Inflation und des ungeheuren Steuerdruckes machte sich in allen Zweigen des Wirtschaftslebens geltend. Aus diesen und verschiedenen anderen Gründen hat der Zu-

strom der Erholungsuchenden stark nachgelassen. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln war es dem Verein nicht möglich, die Nachwirkung dieser Zeit zu beheben. Nichtsdestoweniger war der Verein bemüht, den Namen „Calw“ möglichst oft dem Publikum in Erinnerung zu bringen und eine recht weitgehende Reklame in die Wege zu leiten. Die Zeitungsanzeigen liefen hauptsächlich im Stuttgarter Neuen Tagblatt, im Schwäbischen Merkur, in der Württembergischen Zeitung, im Pforzheimer Anzeiger, in der Badischen Presse und in der Frankfurter Zeitung. Mit Unterstützung der Reichszentrale für Verkehrsverbund laufen auch Anzeigen ein deutscher, englischer und französischer Sprache in den Veröffentlichungen dieser Anstalt. Auf eine derartige Anzeige kam sogar eine Anfrage aus Amerika. Von den verschiedenen Verkehrswünschen, die die Stadt Calw hatte, wurden im letzten Jahre die Verhandlungen über die Autolinie nach dem oberen Wald und nach Herrenberg weitergeführt. In diesem Jahr konnten die Linien besonders durch die Bemühungen von Stadtschultheiß Göhner zur allgemeinen Zufriedenheit ins Leben gerufen werden. Von den Veranstaltungen im letzten Jahr in der Stadt sind besonders zu nennen, die Tagung des Württ. Schwarzwaldbvereins und das Radfahrerfest, zu dem der Verein einen Kennpreis stiftete. Die Vermittlung der freien Privatzimmer wurde durch den Verein bewerkstelligt. Es waren verschiedene Kurfernde in Privatwohnungen untergebracht, während die gewerblichen Betriebe nicht immer voll besetzt waren. Die Ausflüchte für das heurige Jahr sind nicht gut. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich nicht verbessert. Die Arbeitslosigkeit hat noch zugenommen. Der Mangel an verfügbaren Mitteln macht sich weiter bemerkbar und man sieht an den Sonntagen weit weniger Touristen durch die Stadt ziehen als in den letzten Jahren. Das heurige Osterfest hat durch sein herrliches Wetter einen sehr starken Verkehr gebracht. Der Kurverkehr hat bedeutend zugenommen. Es wäre nur gut, wenn die nötigen Schritte unternommen würden, um dahin zu wirken, daß der Zustand der Straßenzüge von Stuttgart her ein besserer würde. Der Verkehr von der Hauptstadt her ist jetzt der größere geworden, seit in Pforzheim die Krise in der Industrie so schwer geworden ist. Die schlechten Wetterverhältnisse tragen heuer nicht zur Hebung des Fremdenverkehrs bei. In diesem Jahr hat der Verein einen neuen „Führer“ von Calw und Umgebung herausgebracht. Das mit schönen Bildern von Photographen Fuchs und Oberrealschuler Lacher ausgestattete Schriftchen wurde in einer Auflage von 5000 gedruckt und kommt jetzt zum Versand. Von der Stadtgemeinde Pforzheim wird eine Relieftafel des Ragobales herausgegeben, an der sich der Verein beteiligt. Ebenso ist der Verein an einer Sammelreklame des Vereins Schwarzwälder Gasthofbesitzer beteiligt, die in einer großen Zahl von in- und ausländischen Zeitungen unter der gemeinsamen Ueberschrift „Der Schwarzwaldb“ erscheint. Diese Reklame läuft den ganzen Sommer. Die Geschäftsleitung hat im vergangenen Jahr und in diesem Frühjahr eine große Arbeit aller Art zu vollbringen gehabt. Nach dem Kassenericht betragen die Einnahmen 951,93 Mk., darunter der Beitrag von 104 Mitgliedern mit 787 Mk. und von der Stadtgemeinde 150 Mk., die Ausgaben 988,31 Mk., darunter 766 Mark für Reklame. Nachdem Stadtschultheiß Göhner dem Geschäftsführer Hotelier Ziegler den wärmsten Dank für seine umfangreiche Tätigkeit ausgesprochen hatte, fand eine ausgedehnte Aussprache über den Geschäftsbericht und über die neuen Aufgaben des Vereins statt. Der Vorsitzende hob zunächst die tadellose Ausstattung des „Führers“ durch Buchdruckereibesitzer G. Essig hervor und gab sodann Ratschläge über eine erfolgreiche Reklame. Er empfahl, eine größere Anzahl von Führern den hiesigen Buchhandlungen zur freien Verfügung zu stellen, für Kurreklame keine Kosten zu machen, dagegen für den Touristenverkehr kräftig einzutreten; hierbei kämen besonders die Städte Stuttgart, Pforzheim und Karlsruhe in Betracht. Es sei wünschenswert, wenn an den Werk- und Sonntagen Vereine hierher kämen, da dadurch ein größerer Verkehr sich entwickle und Geld in die Stadt komme. Von den nachfolgenden Rednern wurden diese Anregungen unterstützt und teilweise erweitert. Es wurde eine Reihe von Wünschen vorgebracht. Dieselben betrafen die Wohnungsfrage, den Autoomnibusverkehr, die Wegmarkierungen des Schwarzwaldbvereins, Sonderzüge in den Schwarzwaldb und namentlich nach Calw und in das Ragobal, Tagungen von Berufsverbänden, die Sonntagskonzerte im Stadtpark, die Wiedereröffnung des Waldkaffees, die Leertung der Straßen, die Einrichtung der Reklame und ihre Wirksamkeit und die Unterbringung von großen Gesellschaften. Es wurde hierbei festgestellt, daß die Gasthöfe und Hotels mindestens 120 Betten stellen können. Wenn Privatquartiere herangezogen werden, so ist es möglich, eine noch größere Anzahl von Besuchern unterzubringen. Der Vorsitzende richtete das dringende Ersuchen an die verschiedenen Berufe, dafür einzutreten, daß die Tagungen der Berufsstände auch nach Calw verlegt werden. An der Aussprache beteiligten sich besonders der Vorsitzende, Hotelier Ziegler, Hotelier Schmauffer, Gärtnerbesitzer Mast, Oberpräzeptor Bauehle, Buchdruckereibesitzer Essig, Flaschnermeister Heinrich Essig, Buchhändler Olpp, Schlossermeister Lebzelter und Sattlermeister Widmaier. Auf Antrag von Oberpräzeptor Bauehle wurde ein Wettbewerb für Blumensträuße an Balkonen und Fenstern beschlossen. Der Verein gibt zu Prämien einen Beitrag und den gleichen Beitrag hat die Gärtnervereinigung zugesagt. Nähere Mitteilungen werden in der Folge erfolgen. Eine Kommission von 5 Mitgliedern, Oberpräzeptor Bauehle als Vorsitzender, Gärtnerbesitzer Mast, Gärtnerbesitzer Hägele, Sattlermeister Emil Widmaier und Buchhändler Olpp werden den Wettbewerb durchführen. Gärtnerbesitzer Mast regte sodann noch, statt der im vorigen Jahr gewählten Ausschüsse, die aber nicht in Tätigkeit traten, die Wahl einer Arbeitsgemeinschaft an, die die laufenden Geschäfte besorgen und namentlich den Geschäftsführer unterstützen soll. Diesem Antrage wird zugestimmt und durch Zuruf Stadtschultheiß Göhner (Vorsitzender), Hotelier Ziegler (Geschäftsleiter), Gärtnerbesitzer Mast, Flaschnermeister Essig und Buchdruckereibesitzer Essig in die neue Arbeitsgemeinschaft berufen. Mit Worten des Dankes an die Anwesenden und mit der Aufforderung zur kräftigen Mitarbeit an dem Verein schloß der Vorsitzende die reiche Anregung bietende Versammlung.

ten. Mit den zur
Berein nicht mög-
eben. Nichtsdesto-
n „Calw“ möglichst
gen und eine recht
n. Die Zeitungs-
Neuen Tagblatt,
erger Zeitung, im
Bresse und in der
Reichszentrale für
deutscher, englischer
ntlichungen dieser
ogar eine Anfrage
hehrswünschen, die
ahre die Verhand-
Balb und nach
ahr konnten die
n Stadtschultheiß
s Leben gerufen
en Jahre in der
ung des Württ.
zu dem der Ver-
lung der freien
stelligt. Es waren
en untergebracht,
r voll besetzt wa-
b nicht gut. Die
verbesfert. Die
angel an verfüg-
nd man steht an
die Stadt zieher
sterfest hat durch
ehr gebracht. Der
er nur gut, wenn
n darin zu wir-
Stuttgart her ein-
ter ist jetzt der
n in der Industrie
erhältnisse tragen
bei. In diesem
von Calw und
ildern von Pho-
gestaltete Schrift-
druck und kommt
Pforzheim wird
an der sich der
einer Sammel-
besitzer beteiligt,
ischen Zeitungen
Schwarzwald“ er-
r. Die Geschäfts-
m Frühjahr eine
nach dem Kassens-
anunter der Bel-
n der Stadt-
darunter 766
Böhner dem Ge-
nk für seine um-
eine ausgedehnte
die neuen Auf-
nächst die tabel-
schreudereibesitzer
über eine erfolg-
ahl von Führern
igung zu stellen,
n für den Lou-
n besonders die
in Betracht. Es
sonntagen Vereine
sich entwickle und
ngenden Rednern
ise erweitert. Es
ieselben betrafen
die Wegmarkie-
n den Schwarz-
agoldtal, Tagun-
im Stadigarten,
ng der Straßen,
keit und die An-
nde hiebei festge-
20 Betten stellen
werden, so ist es
unterzubringen.
an die verfähle-
ngen der Berufs-
r Aussprache be-
ie Ziegler, Ho-
äzeptor Bauesche,
rich Effig, Buch-
tlermeister Wid-
chle wurde ein
und Fenster be-
Beitrag und den
agefagt. Nähere
Kommission von
orkühender, Gärt-
tlermeister Emil
ettwerb durch-
noch, statt der
r nicht in Tätig-
an, die die lau-
schäftsführer un-
nt und durch Zu-
elker Ziegler (Ge-
meister Effig und
gemeinschaft beru-
den und mit der
Berein schloß der
Jammiluna.

Wetter für Freitag und Samstag.
Die Lustwibel im Norden ziehen östlich ab. Vom Westen dringt Hochdruck vor, der aber kein beständiges Wetter erwarten läßt. Für Freitag und Samstag ist nur zeitweise aufheiterndes, aber wenig regnerisches Wetter zu erwarten.

SCB Deschelbronn M. Herrenberg, 16. Juni. Als der Sohn des Jaf. Bühler ins Futter fahren wollte, riß ein Pferd mit dem Wagen aus und sprang durch den Hof hinunter auf die Ortsstraße. Ein Kind, das auf dem Schulweg war, kam unter das Pferd und zog sich dabei lebensgefährliche Verletzungen zu.

SCB Herrenberg, 16. Juni. Zurzeit treibt sich der 69 J. a. und vielfach vorbestrafte Dienstmacht Martin Schid von Bihl M. Balingen im hiesigen Bezirk und Umgebung umher und verübt Haftgeldbetrügereien.

SCB Pforzheim, 16. Juni. Nach mittags rutschte das siebenjährige Söhnchen des Gustav Kammerer in der Kirchenstraße auf einem Treppengeländer und stürzte auf den Asphaltboden. Es wurde mit schweren Kopfverletzungen nach dem Siloah gebracht.

SCB Rottenburg, 16. Juni. Vier Kinder spielten am Ufer des Neckars hinter dem Schulhause. Plötzlich ertönten von der oberen Neckarbrücke Hilferufe. Der vierjährige Sohn des Landwirts Franz Hahn war in den angeschwollenen Neckar gefallen. Das 17jährige Dienstmädchen Maria Pfeifer hatte diesen Ruf gehört, sprang kurz entschlossen in die Fluten und konnte den Knaben gerade noch an einem Fuß erwischen.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	168,95 Mk.
100 franz. Fr.	11,97 Mk.
100 schweiz. Fr.	81,39 Mk.

Stuttgarter Landesproduktenbörse vom 16. Juni.
Auch heute lag die Börse fest bei anziehenden Kursen.

Produktions- und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern e. V.

Berliner Produktenbörse vom 16. Juni.
Weizen märk. Juli 298 und Geld; Roggen märk. 180-185; Gerste 189-200; Gerste 175-188; Hafer ländl. 195-206; Weizenmehl 37,25-39,50; Roggenmehl 25,75-27,25; Weizenkleie 10; Roggenkleie 11,25-11,40; Viktoriaerbsen 36-46; kleine Speiseerbsen 29-33; Futtererbsen 22-27; Pelusaten 23-28; Acker-

bohnen 24-26,50; Widen 32-35; blaue Lupinen 15-17; gelbe 20-22; Kapstüchen 13,50-13,70; Reinstüchen 17,60-17,80; Trofenschmigel 9,90-10,30; Kartoffelstoden 21,50. Tendenz: stetig.

Ulmer Pferdemarkt.
Zutrieb: 300 Pferde. Preise für jüngere Pferde: schwere 1000 bis 1300, mittlere 800-1000 M., Fohlen 4-600, Schlachtpferde 50-100 M.

Viehpreise.
Kalen: Zufuhr 341, verkauft 193 Stück Vieh. Erlöse: Ochsen 1040-1450 M das Paar; Stiere 350-490; Farren 190-440; Kühe 300-480; Kalbelen und Jungvieh 156-560; Kälber 65 bis 105 M das Stück. Der Handel war flau, jedoch war der Markt gut besucht.

Schweinepreise.
Befigheim: Milchschweine 30-38, Läufer 65-85 M. - Ravensburg: Ferkel 32-42, Läufer 50-80 M. - Saulgau: Ferkel 40-48, Läufer bis 60 M das Stück.
Kalen: Milchschweine 40-52, Läufer 75-100 M. - Bopfingen: Läufer 60-90, Milchschweine 50-75 M. - Lauingen: Milchschweine 35-47, Läufer 65-80 M. - Riedlingen: Milchschweine 42-50, Muttererbsen 198-260 M. - Schwemlingen: Milchschweine 33 M. - Tuttlingen: Milchschweine 28-35 M das Stück.

Fruchtpreise.
Kalen: Weizen 14-15, Roggen 11-11,50, Futtergerste 6,40, Gerste 11,10-11,80, Hafer 10,30-11,60 M. - Ellwangen: Weizen 14,50, Roggen 11,50, Gerste 11,20, Hafer 12, Keinen 14,70. - Lauingen: Weizen 15-15,20; Gerste 9,80; Hafer 9-10 M. - Leutkirch: Roggen 10; Gerste 10-10,50; Hafer 10-10,50 M. - Nördlingen: Weizen 15,10-15,50; Roggen 10,10-10,30; Gerste 9,70-10; Hafer 11,50-12,50; Weizen 12-20 M. - Riedlingen: Weizen 14,20; Gerste 9,25-9,30; Hafer 10,25-10,50; Mais 10,50 M. - Urach: Dinkel 10,70-11; Gerste 11-11,50; Hafer 10,50-11,20; Weizen 14-14,50; Roggen 10,50 M jeder Zentner.

Württ. Holzverkaufserlöse.
Im Monat Mai wurden aus den Staatswaldungen des Mittel- und Unterlands verkauft: 7195 Fm. Fichten und Tannen mit einem Durchschnittserlös von 122 Prozent (im April 118) und für 1052 Fm. Forstchen und Lärchen 110 Prozent (im April ebenfalls 110) der Landesgrundpreise. Aus den gesamten württembergischen Staatswaldungen wurden im Mai für 50291 Fm. Fichten und Tannen 115 Prozent und für 6791 Fm. Forstchen und Lärchen im Durchschnitt 104 Prozent der Landesgrundpreise bezahlt (im April 117 bzw. 108 Pr.). Bei einzelnen Nadel-

stammholzverkäufen wurden erlöst: Im Forstamt Abtsgmünd für 2740 Fm. Fichten und Tannen 112 Prozent, für 260 Fm. desgl. (Scheitholz) 107 Pr. und für 193 Fm. Forstchen 90 Prozent; im Forstamt Wiesentz für 94 Fm. Fichten und Tannen (Scheitholz) 146 Prozent; auf der Alb: im Forstamt Langenau für 125 Fm. Fichten und Tannen 112 Prozent der Landesgrundpreise.

Die höchsten Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Wärsen und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verzehrkosten in Zulag kommen. D. Schüll.

Oetker-Pudding.

Jetzt, wo die Hausfrau sparen muß Und dennoch einen Hochgenuß Dem kleinen Liebling bringen möchte. — Ein Oetker-Pudding ist das Rechte!

Mit wenig Mitteln zu bestreiten, Schnell und höchst einfach zu bereiten. Nach frohem Schmause ruft ihr Kleines: „Herzmütterlein! — das ist was Feines!“

Wie glücklich ist die Mutter, die ihre Kinder recht satt und zufrieden sieht. Weiß sie doch bestimmt, daß der gute Oetker-Pudding, den sie mit Milch, Butter, Zucker und wenn möglich mit einem Ei zubereitet, immer gern und restlos verzehrt wird. Auch die Erwachsenen schätzen die feine Nachspeise bei Tisch, mit der eine praktische Hausfrau leicht an anderer Stelle sparen kann.

In allen einschlägigen Geschäften zu haben. Verlangen Sie ebendasselbe die beliebten Oetker-Rezeptbücher, wenn vergriffen portofrei von

Dr. A. Oetker, Bielefeld

Katholiken!

Der hochwürdigste Bischof von Rottenburg äußert sich zur Enteignung der Fürsten wie folgt:

„Hier gibt es für die Katholiken nur eines: Bölliges Fernbleiben! Unser Name ist uns zu gut, als daß wir ihn hergeben könnten zur Unterstützung von Bestrebungen, die unter boshafter Ausnützung der gegenwärtigen Notlage einen Sturm wagen wollen gegen einen Grundpfeiler der gesellschaftlichen Ordnung, gegen das Eigentumsrecht. Denn die Enteignung der Fürsten wäre nur ein Anfang; man würde wie bereits laut angekündigt wurde, zur Enteignung der Kirche weiter-schreiten; kein noch so rechtmäßiger Besitz wäre mehr vor Beraubung sicher. Wer wollte durch Hergabe seines Namens solchen Plänen Vorschub leisten?“

Katholiken!

Nach der Enteignung der Fürsten folgt die Enteignung der Kirchen und Klöster, deren geschworene Feinde Sozialdemokraten und Kommunisten, die einzigen Vertreter des Volksentscheides, sind.

Keine katholische Stimme dem bolschewistischen Volksentscheid!

Bleibt am 20. Juni zu Hause!

Soliegt der Fuß in meinem Schuh




Michael Dorn
Reform- u. Sportschuhhaus
Stuttgart
Augustenstr. 18. Tel. 6337

Gut geformt und leistungsfähig bleibt der Fuß in meinem natürlich angepassten und dabei doch schönen Schuh.

Alleinverkauf für Calw und Umgebung bei **Frau Chr. Zahn Witwe**
Schuhgeschäft, in Calw, Lederstraße 89.

W. Forstamt Liebenzell Schieferholz-Verkauf.

Am Montag, den 28. Juni 1926 mittags 12 Uhr (nach Ankunft der Züge) im Gasthof zum Hirsch in Liebenzell aus Staatswald der Forstrei Kaffeehof: Distr. V. Monakamerhang und VI. Hauptfletterhang: aus den Durchforstungen, Schlägen und vom Scheidholz em: Buchen: 6 Ausschuß Nadelh.: 20 Schlr., 262 Prgl., 78 Ausschuß Schlr. u. 197 dlo. Prgl. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion G. f. H. Stuttgart.



Abwanderung

Wasserberg-Burren-Geislingen a. Steige (6 Stunden) Abfahrt Samstag, 19. Juni 12¹⁵ nachm., Rückkehr Sonntag, 20. Juni 7³⁰ nachmittags Sonntagsrückfahrkarte 5,30 Mark.
Anmeldung für Nachquartier bis Donnerstag abend bei Herrn Buchh. Dipp. Führung: Schmitt.

Stammheim
Verkaufe ein schönes 14 Monate altes



Zuchtrind
Wils. Schumacher.

Unterhaugstett.
Eine gute
**Fahr-
Ruh**
samt dem 4.
Ralb
steht dem Verkauf aus
Fr. Keppler.

Sparerbund und Fürstenenteignung.

Der Landesvorstand des Württembergischen Sparerbundes hat zusammen mit dem Ausschuß der Ortsgruppe Stuttgart in eingehenden Beratungen in der Fürstenenteignungsfrage nachstehende Beschlüsse gefaßt, die der Reichsleitung zur Entscheidung vorgelegt worden sind:

1. Der Beschluß des Vorstandes und des Stuttgarter Ausschusses geht — vorbehaltlich der Stellungnahme des Reichsverbandes — dahin: **den Sparern wird Beteiligung an dem Volksentscheid empfohlen, die Entscheidung über Ja oder Nein jedoch dem Einzelnen überlassen.**

2. Der von der süddeutschen Arbeitsgemeinschaft mit Mehrheit gefaßte Beschluß verlangt folgendes:

Der Reichsverband richtet an die Reichsregierung und an die politischen Parteien ein Ultimatum, in welchem die sofortige Zurückziehung des Sperrgesetzes und freie Bahn für das Volksbegehren des Sparerbundes verlangt wird. Wird diese Forderung nicht erfüllt, so wird der Sparerbund die Sparer auffordern, geschlossen für die Fürstenenteignung zu stimmen und ein Volksbegehren zur Enteignung der Inflationsvermögen einreichen.



Etwas VIM auf feuchtem Lappen putzt Dir Küche und Haus.

VIM
putzt und poliert alles.

Ständiges Inferieren bringt stets Erfolg!

Amtliche Bekanntmachungen.

Abhaltung von Pferdeschauen und Prämierungen im Jahre 1926.

Mit Rücksicht auf die zu erwartende Verzögerung der Feuerverteuerungs- und die Abhaltung der heurigen Prämierungen in Saulgau, Ehingen und Gelslingen a. St. verlegt werden. Die beteiligten Kreise werden auf die Bekanntmachung der Zentralstelle für die Landwirtschaft im Staatsanzeiger für Württemberg vom 12. Juni 1926 Nr. 134 aufmerksam gemacht, der bei den (Stadt-)Schultheißenämtern eingesehen werden kann.

Calw, den 16. Juni 1926.

Obesamt: Amtmann Nagel.

Stadtgemeinde Calw.

Deutsche Welle.

Zur Verhütung des in Saal 4 des Reichsgebäudes aufgestellten Telefunkenapparats ergeht hiermit an die Einwohner der Stadt und an alle Interessenten des Bezirks Einladung.

Auf der Deutschen Welle werden in erster Linie Kurse in neueren Sprachen, Kurzschrift usw., sodann aber auch allgemeinbildende Vorträge übermittelt, die insbesondere für Lehrer und fernläufige Schüler und Erwachsene besonders wertvoll sind. Die Vorträge werden vorläufig Werktags von 3-5 Uhr nachmittags gehalten werden. Das Programm wird jeweils am Rathaus angeschlagen werden.

Calw, den 16. Juni 1926.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

1886 * 1926.

Alle diejenigen, welche im Jahre 1886 geboren sind, werden gebeten, betreffend Festlegung der 40er-Feier am Freitag Abend 8 Uhr bei Altersgenosse Kreuzberger zur „Sonne“, Bahnhofstraße sich einzufinden. Mehrere Bierziger.

Der demokratische Abgeordnete Minister v. D. Gothein veröffentlicht im „Hamburger Fremdenblatt“ einen Artikel, der in schärfster Form gegen die sozialistische Enteignungspolitik Stellung nimmt. Gothein erklärt, daß er im Vorstand seiner Partei gegen deren Entschluß über die Fürstenenteignung gestimmt habe, weil die Partei die Parole ablehnte, dem Volksbegehren fernzubleiben. Der Parteivorstand habe damit auf die Führerrolle verzichtet, die auszuüben seine Pflicht sei. Gothein stellt weiter fest, daß die Fürstenenteignung rein kommunistischen Gedankengängen entspricht und schreibt u. a.:

Völlig unbegreiflich aber ist es für mich, wie Angehörige nichtsozialistischer Parteien einem solchen Antrag zustimmen können. . . . Ist die entschädigungslose Konfiskation des Vermögens einer Gruppe von Menschen gegenüber zulässig, so ist sie ebensogut anderen gegenüber erlaubt. Der oberste Grundsatz eines Rechtsstaates ist die Rechtsgleichheit aller Staatsbürger. Er wird durch den kommunistisch-sozialistischen Antrag aufs ärgste verletzt. Der schafft ein Ausnahmerecht oder richtiger ein Ausnahmenecht gegenüber einer Anzahl von Familien; er beraubt sie jeglichen Besitzes, nur weil sie das Unglück hatten, vor der Revolution zu den „regierenden Familien“ zu gehören. . . . Gesezt: der kommunistische Volksentscheid würde durch den Volksentscheid Gesezt. Würden sich nicht Bayern, Württemberg, Baden und andere Staaten weigern, dieses Gesezt bei sich auszuführen, das sie als einen unzulässigen Eingriff in ihre Rechte ansehen. Das Gesezt des Reiches würde Erschütterungen ausgesetzt werden, von denen nur zweifelhaft ist, ob es ihnen gewachsen sein würde. Sie würden um so größer sein, wenn der Reichspräsident Hindenburg vorziehen sollte, sein Amt niederzulegen, statt seine Hand zur Durchführung zu bieten. Mit nichts kann man den Partikularismus so stärken, mit nichts so eine neue Mainlinie schaffen, wie mit der Annahme dieses unseligen Antrages. Entbehre bisher der Partikularismus einer moralischen Grundlage, so würde sie ihm damit geschaffen.

Den demokratischen Ausführungen braucht nichts hinzugefügt zu werden. Es genügt festzustellen, daß ein führender demokratischer Abgeordneter den gleichen, vielleicht noch schärfer formulierten Standpunkt vertritt wie der Reichspräsident.

Der Ev. Volksbund zur entschädigungslosen Fürstenenteignung

Der Landesauschuß des Ev. Volksbundes für Württemberg hat nach eingehender Aussprache folgende Kundgebung zum Volksentscheid vom 20. Juni beschlossen:

„Der Ev. Volksbund befaßt sich in keiner Weise unter politischen Gesichtspunkten mit dem Volksentscheid: er redet nur, weil die politischen Leidenschaften das klare sittliche Urteil zu verwirren drohen.“

Der Volksentscheid stellt jeden Stimmberechtigten vor die Gewissensfrage, ob einer Klasse deutscher Volksgenossen all ihr Eigentum ohne Prüfung des Rechts und ohne jede Entschädigung genommen werden soll. Dies wäre ein sittlich nicht zu rechtfertigendes Vorgehen. Der Ev. Volksbund muß darum vor einer Zustimmung zu der entschädigungslosen Fürstenenteignung warnen.

Damit setzt sich der Ev. Volksbund in keiner Weise für unberechtigte und zu weit gehende Ansprüche einzelner Fürstenfamilien, wo solche erhoben werden, ein; er bedauert vielmehr aufs tiefste, daß solche Ansprüche zur Verwirrung des Volksgewissens beigetragen haben.

Die verantwortlichen Stellen fordert er dringend auf, die Vermögensausgleichung zwischen den Ländern und den ehemaligen Fürstentümern baldigt so zu regeln, wie es den Grundsätzen von Recht und Billigkeit und der allen Volksgenossen obliegenden Rücksicht auf die Notlage des deutschen Volkes entspricht; damit erst wird der Gewissensnot vieler ernster Christen ein Ende gemacht.“

Wegen Umbau

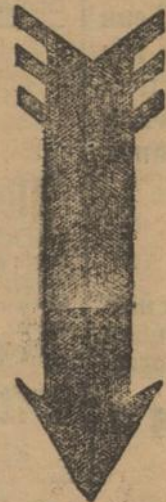
gewähre ich auf die bereits aufs äußerste zurückgesetzten Preise

10-30% Rabatt

auf Damenkleiderstoffe, Seiden- u. Waschstoffe, Spitzen, Besätze, —: Sommerneuheiten usw. —:

Mode- Haus Alt Dillsteiner-Strasse 24 PFORZHEIM

Der wechselnde Anzeigenteil



der Tageszeitung findet stets Beachtung bei den Lesern. Darin liegt die Gewähr, daß Ihre Reklame in der Tageszeitung :.: den gewünschten Erfolg hat. :.::

Lederfett

Wagenfett

empfeht billigst

Albert Wöckele Lederhandlung.

Flomink
Tisch, Tisch, Tisch
sowen, Tisch, Tisch
Tisch, Tisch
Tisch, Tisch

Einen gut erhaltenen

Leiter-

wagen

50 Str. Tragkraft, verkauft
Matthäus Frion, Weitenschwann.

Die Lokomotivführer geg. den Volksentscheid!

Erhaltung und Aufbau des deutschen Mittelstandes!

Der Vorstand des Bundes Deutscher Lokomotivführer veröffentlicht in der Nr. 23 der „Deutschen Eisenbahn-Zeitung“, des Bundesorganes, einen Aufruf gegen den Volksentscheid. Darin heißt es u. a. wörtlich:

„Der Volksentscheid am 20. Juni ist der erste Schritt, auf diesem Wege des kalten Staatsstreiches bewußt die Verproletarisierung aller deutschen Volksschichten — mit Ausnahme der roten Parteiführer — herbeizuführen durch die Zerstückelung jedes Eigentumsbegriffes und jedes Freiheitsrechtes des deutschen Staatsbürgers. Gelingt den radikalen Elementen ihr erster Ansturm, dann werden sie ebenso gegen das Pensionsrecht der Beamten wie gegen jeden Besitz im Wege des Volksentseides Front machen. Völlige Verproletarisierung der breiten Volksschichten wäre die Folge. Wir aber wollen nicht Verproletarisierung, sondern Erhaltung des deutschen Mittelstandes, seinen Aufbau und Unterstützung des Aufwärtstrebens jedes einzelnen Kollegen. Deshalb lautet unsere Parole am 20. Juni: Bleibt dem Volksentscheid fern!“

Zur Abwehr!

In der gestrigen Nummer des Calwer Tagblatts leistete sich ein deutschnationaler Flugblatt- und Gehortikelschreiber eine Drohung, die im Interesse der Mehrheit der Beamten schärfster gehängt werden muß. Er schreibt: „Da in den Stimmlisten jeder Abstimmende festgesetzt wird, so hat jeder Aufwertungsgläubiger damit zu rechnen, daß eines Tages seine Ansprüche zurückgewiesen werden mit der Begründung, daß er ja selbst auch für die Enteignung anderer eingetreten sei! Bekanntlich ist die Abstimmung am nächsten Sonntag, wie geheim! Auch die Akten sind geheim zu halten. Die in Frage kommenden Beamten könnten also nur durch Diebstahl oder Vertrauensbruch Kenntnis davon erhalten, ob und wie der Einzelne abgestimmt hat.“

Da wir der Mehrzahl der in Frage kommenden Beamten eine derartige Handlung nicht zutrauen, so bleibt nur die Annahme übrig, daß es in den Kreisen jenes Artikelschreibers solche „Ehrenmänner“ gibt. Die Deutsch-Nationale-Volkspartei hat ja bei den letzten Wahlen zum Reichstag sowohl wie bei der Reichspräsidentenwahl mit geklopften Akten aus dem Barmatprozeß den Kampf geführt. Es wäre also auch das noch möglich. An die Wähler und Wählerinnen ergeht deshalb die Aufforderung, nun erst recht z. Wahl zu gehen

und mit „Ja“ zu stimmen!

Unterhangstett, 16. Juni 1926.

Todesanzeige.



Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Marie Hauff

geb. Kusterer

nach längerem schweren Leiden im Alter von 59 Jahren sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Christian Hauff z. „Schwanen“.

Beerddigung findet Freitag mittag 2 Uhr statt.

Das Handwerk

gegen den Volksentscheid

Berlin, 10. Juni. Der Vorstand des Deutschen Handwerkerbundes erläßt zum Volksentscheid einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Am 20. Juni soll das deutsche Volk entscheiden, ob das Privateigentum der Fürsten enteignet werden soll. Nach der deutschen Reichsverfassung und den Rechtsgrundsätzen aller Kulturvölker ist das Privateigentum unantastbar. Das Handwerk hat bisher gegen die Sozialisierung und Kommunalisierung schwer ankämpfen müssen und hart empfinden, wie gefährlich derartige Anträge im Wirtschaftsleben sind. Aus allen diesen Gründen sieht sich daher der erweiterte Vorstand des Deutschen Handwerkerbundes veranlaßt, das gesamte deutsche Handwerk aufzurufen, am 20. Juni, dem Tage der Abstimmung über die Enteignung der Fürsten,

der Wahlurne fernzubleiben.

Handwerker, die aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen zur Wahlurne gehen müssen, werden ersucht, in diesem Falle

leere Wahlurnerts abzugeben.

Bitte befehen Sie sich mein Lager in fertigen Sofas, Chaiselongues u. Matragen in allen Preislagen.

Zahlungserleichterung gestattet.

Fr. Hennefarth

Tapeziergeschäft, Schulgasse 5 beim Rathaus.